

Makedonien: Probleme eines neuen Staates

Büschendorf, Herbert

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Büschendorf, H. (1999). Makedonien: Probleme eines neuen Staates. *Europa Regional*, 7.1999(1), 13-21. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48301-3>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Makedonien – Probleme eines neuen Staates

HERBERT BÜSCHENFELD

Ungewollte Verselbständigung

Makedonien ist – von Bosnien-Herzegowina abgesehen – der jüngste Staat Europas, hervorgegangen aus dem zerfallenen sozialistischen Jugoslawien (Abb. 1). Legitimiert durch ein Referendum (September 1991) hat es seine Unabhängigkeit erklärt und sich eine demokratische Verfassung gegeben (November 1991), volle Souveränität jedoch erst mit dem friedlichen Abzug der Jugoslawischen Volksarmee im März 1992 erlangt (Tab. 1).

Niemals zuvor konnte das Land ein staatliches Eigenleben führen. Als nach dem Ende der Osmanenherrschaft am Vorabend des Ersten Weltkriegs der Kernraum der Balkanhalbinsel unter Griechenland, Bulgarien und Serbien aufgeteilt wurde, fiel das heutige Staatsgebiet letztgenanntem zu, das fortan die Makedonier als Bestandteil des serbischen Volkes, als Südserben, vereinnahmte und aufkeimende nationalmakedonische Regungen strikt unterband. Die nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte Anerkennung als eigenständige Nation und Zueignung des Status einer Teilrepublik im Rahmen der jugoslawischen Föderation stärkten zwar die makedonische Identität, ließen staatliche Selbstbestimmung gleichwohl nur in engen Grenzen zu.

Als Ende der achtziger Jahre im Zuge der zunehmenden Desintegrationstendenzen sich die Frage nach der künftigen Staatsform Jugoslawiens stellte, optierte Makedonien (gemeinsam mit Bosnien-Herzegowina) aus wirtschaftlichen Gründen für einen konföderativen Zuschnitt unter der Voraussetzung, daß sämtliche bisherigen Teilrepubliken sich beteiligen würden. Da jedoch keine Einigung über ein Konföderationsmodell zustande kam und Slowenien wie Kroatien daraufhin ihre staatliche Unabhängigkeit erklärten (Juni 1991), sah sich Makedonien zu einem analogen Schritt gezwungen, wenn es nicht erneut serbischer Hegemonie anheimfallen wollte. Seine Autonomie entspringt folglich nicht eigenem Anspruch, sie erwuchs vielmehr aus einer Zwangssituation. Makedonien wurde gleichsam zur Selbst-

ständigkeit genötigt, seine staatliche Emanzipation ist eine „Unabhängigkeit wider Willen“ (SCHRAMMEYER 1997, S. 666).

Die „Makedonische Frage“

Der neukonstituierte Kleinstaat, definiert als „Nationalstaat des makedonischen Volkes“ (Präambel der Verfassung), sah sich von Anfang an in einer schwierigen außenpolitischen Situation. Konfliktgegenstand mit seinen Nachbarn war die Frage, ob es überhaupt eine eigenständige slawisch-makedonische Nation gibt oder ob sie eine synthetische Schöpfung darstellt. Diese seit dem 19. Jahrhundert von Zeit zu Zeit

virulent werdende sogenannte „Makedonische Frage“ erlebt mit der Geburt des jungen Staatswesens eine Neuauflage. Die Standpunkte der Anrainer stimmen freilich keineswegs überein.

Serbien bestreitet kategorisch das Existieren einer genuinen makedonischen Ethnie. Es sieht in den Makedoniern nach wie vor überfremdete Südserben. Die „Erfindung“ einer besonderen makedonischen Nation verbunden mit der Zuerkennung des Teilrepubliken-Status durch das sozialistische Jugoslawien hätte nur dem Zweck gedient, das Gewicht Serbiens zu vermindern. Angesichts dieser Sichtweise über-

	Jahr	Maßeinheit	
Fläche	1998	km ²	25.713
Bevölkerung	1998	Mio.	2,2
Bevölkerungsdichte	1998	Einw./km ²	85,6
Geburtenrate	1997	‰	14,8
Sterberate	1997	‰	8,3
natürl. Bev.-Wachstum	1997	‰	6,5
Säuglingssterblichkeit	1997	‰	15,8
Haushaltsgröße	1994	Personen	3,9
Wohndichte	1994	Pers./Wohneinheit	3,3
Städt. Bevölkerung	1994	%	59,0
Agrarbevölkerung	1991	%	14,7
Analphabetenrate	1997	%	11,6
PKW-Dichte	1995	Pers./PKW	7,6
Telefondichte	1993	Pers./Telefon	6,3
Allgemeinmedizinerdichte	1993	Pers./Arzt	456
Facharztdichte	1993	Pers./Facharzt	793
Krankenhausbettendichte	1993	Pers./Bett	191
Erwerbspersonen	1997	Mio.	0,8
Durchschnittl. Monatslohn	1997	\$	200
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	1997	Mrd. \$	3,8
Bruttoinlandsprodukt/Einw.	1996	\$	725
Budgetsaldo	1997	% d. BIP	-1,5
Exporte (fob)	1997	Mio. \$	1.201
Importe (cif)	1997	Mio. \$	1.627
Handelsbilanzsaldo	1997	Mio. \$	-426
Leistungsbilanzsaldo	1997	Mio. \$	-575
Direktinvestitionenzufluß	1996	Mio. \$	39

Tab. 1: Kennziffern zur Republik Makedonien

Quellen: Statistical Yearbook of the Republic of Macedonia 1994; Statistical Office of Macedonia: Census '94; Osteuropa-Institut 1997, S. 106f; 1998, S. 116f; FAZ-Informationen 1997, S. 136; 1998, S. 135; RIEDEL 1998, S. 344, 347, 365.

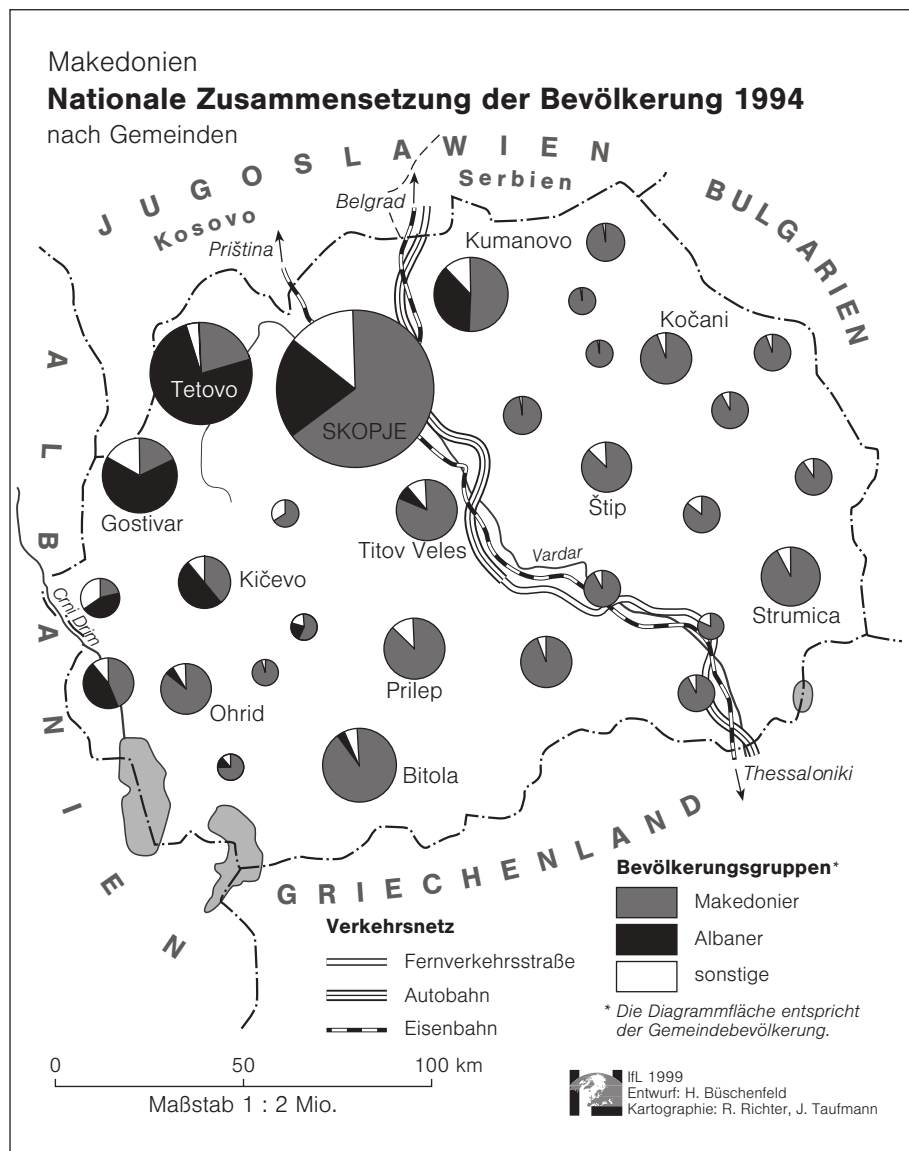


Abb. 1: Nationale Zusammensetzung der Bevölkerung in den Gemeinden Makedoniens 1994
 Quelle: BÜSCHENFELD 1995c

rascht es nicht, daß die Föderative Republik Jugoslawien Makedonien erst als letzter Nachbarstaat diplomatisch anerkannt hat (1996).

Bulgarien hat zwar keine Einwände gegen die makedonische Staatlichkeit, es widerspricht jedoch ebenfalls entschieden dem Vorhandensein eines separaten makedonischen Volkskörpers. Seinem Dafürhalten nach belegen historisches Schicksal, kulturelle Prägung und Sprache, daß die Makedonier als Zweig des bulgarischen Volkes, als Westbulgaren, zu gelten haben.

Auch Griechenland verwahrt sich mit Blick auf die makedonische Minderheit im eigenen Lande, die sogenannten „slawophonen Hellenen“, gegen das Existieren einer makedonischen Nation. In erster Linie aber stößt es sich an der Staatsbezeichnung „Makedonien“, aus der territoriale Ansprüche auf die gleichnamige grie-

chische Nordprovinz abgeleitet werden könnten, und ferner an den Staatssymbolen Makedoniens (der Flagge und dem Wappen mit dem 16strahligen Stern von Vergina), deren Verwendung es als Usurpation hellenischer Identität und Tradition erachtet.

Auf die Anwürfe seiner Nachbarn hat Makedonien sehr konziliant reagiert. Es ist bemüht, durch Konzessionsbereitschaft Spannungen nach Kräften abzubauen. U. a. wurde durch Verfassungszusätze und Entgegenkommen bei den nationalen Emblemen den griechischen Vorwürfen Rechnung getragen. Dank dieser Politik des Ausgleichs ist der junge Staat nach langwierigem Tauziehen unter der provisorischen, gleichwohl grotesken Bezeichnung „Ehemalige jugoslawische Republik Makedonien“ (FYROM = Former Yugoslav Republic of Macedonia) als 181. Mitglied in die Vereinten Nationen aufgenommen

worden (1993). Zwischenzeitlich hat er weltweit völkerrechtliche Anerkennung gefunden und ist überdies in allen wichtigen internationalen Organisationen vertreten.

Auch die Beziehungen zu den Anrainern haben sich merklich verbessert. Indem diesen zunehmend der positive Effekt der Etablierung des neuen Staates als eines regionalen Stabilitätsfaktors im Herzen der Balkanhalbinsel bewußt wird, unterliegt deren zunächst reservierte Haltung mehr und mehr einem Wandel. Mit hoher Wahrscheinlichkeit kann insofern die „Makedonische Frage“ als beantwortet gelten, sie hat sich offensichtlich erledigt.

Eine Bedrohung erwächst derzeit eher aus dem serbisch-albanischen Konflikt im angrenzenden Kosovo. Es läßt sich nicht ausschließen, daß Makedonien in den Strudel der Auseinandersetzungen hineingezogen wird. Um einer derartigen Entwicklung vorzubeugen, haben die Vereinten Nationen in bisher einmaliger Weitsicht vorsorglich ein symbolisches Truppenkontingent mit Beobachterstatus, die UNPREDEP (= Preventive Deployment Force), an der Nordgrenze Makedoniens stationiert (1993).

Das Albanerproblem

Makedonien ist ein multinationaler Staat. Seine 2 Mio.-Bevölkerung setzt sich aus einer Vielzahl ethnischer Gruppen zusammen, von denen die meisten allerdings nur bescheidene Anteile auf sich vereinen. Von Bedeutung sind ausschließlich Makedonier und Albaner (Foto 1), die nach dem Stand der letzten Volkszählung (1994) 66,5 bzw. 22,9 % der Landesbewohner stellen.

Zwischen beiden Nationalitäten bestehen gewichtige Unterschiede. Diese wurzeln in ihrer verschiedenen Herkunft, denn im Gegensatz zu den slawischen Makedoniern stammen die Albaner nach heutigem Wissensstand von der vorslawischen Urbevölkerung der Balkanhalbinsel, den Illyrern, ab. Im Alltagsleben belangvoll sind die sich grundlegend voneinander abhebenden Sprachen und Schreibweisen. Während die erst nach dem Zweiten Weltkrieg im Schnellverfahren standardisierte makedonische Einheitssprache kyrillische Schriftzeichen verwendet, wird im Albanischen das lateinische Alphabet benutzt. Des weiteren trennt beide Volksgruppen eine Glaubensbarriere. Sind die Makedonier dem orthodoxen Christentum verbunden, so bekennt sich der größte Teil der Albaner zum Islam. Am Gotteshaus, entweder orthodoxe Kirche oder Moschee,



Foto 1: Albaner mit dem Plis, der traditionellen weißen Filzkappe, Kennzeichen ihrer ethnischen Zugehörigkeit.

Foto: Jugoslovenska revija

läßt sich in der Regel bereits die ethnische Ausrichtung einer Siedlung ablesen. Derart tiefgreifende Unterschiede ziehen denn auch ausgeprägte Ungleichheiten in Mentalität, Wertvorstellungen, kultureller Eigenart und Lebensstil nach sich.

So nimmt es nicht wunder, daß das Verhältnis der beiden dominierenden Nationalitäten belastet ist. Die Albaner empfinden sich als diskriminiert. Anstoß erregt vor allem, daß die neue Verfassung ihnen den Status einer Minderheit zuweist, sie gleichsam zu Bürgern zweiter Klasse stempelt. Unter Verweis auf ihren Bevölkerungsanteil beanspruchen sie, neben der Titularnation gleichfalls als staatstragendes Volk eingestuft zu werden.

Vor allem fordern sie, im öffentlichen Leben angemessen gleichgestellt zu werden. So soll die albanische Sprache, die im Behördenverkehr derzeit nur in überwiegend albanischen Gemeinden zugelassen ist, neben dem Makedonischen landesweit als Amtssprache anerkannt werden. Des weiteren gilt ihr Anspruch proportionaler Berücksichtigung bei Stellenbesetzungen im politisch-administrativen Bereich insbesondere von Führungspositionen und ferner der Selbstverwaltung albanisch do-

miniierter Kommunen. Mit Nachdruck vertreten wird ferner, daß über den muttersprachlichen Unterricht in Primar- und Sekundarstufe hinaus auch auf Universitätsstufe albanischsprachige Lehrveranstaltungen angeboten werden. Ein besonders hartnäckig verfolgtes Anliegen ist das Drängen auf Legalisierung des widerrechtlich etablierten Universitätsprovisoriums in Tetovo, der albanischen Hochburg, nicht zuletzt deshalb, weil es seit der Serbisierung der Universität Priština im Kosovo gewissermaßen die Rolle des geistig-kulturellen Gravitationszentrums aller Albaner übernommen hat.

Bei den Makedoniern stoßen die albanischen Ambitionen auf Ablehnung. Sie befürchten eine schrittweise Aushöhlung ihrer privilegierten Position. Beunruhigender Hintergrund ist die divergierende demographische Entwicklung. Denn aufgrund eines gegenüber dem Landesdurchschnitt (8,1 ‰) doppelt so starken natürlichen Bevölkerungswachstums (16,3 ‰) hat sich zwischen den Volkszählungen 1961 und 1994 die albanische Bevölkerungsgruppe um fast das Zweieinhalbfache, die makedonische Bevölkerung hingegen noch nicht einmal um ein Drittel

erhöht. Insofern ist der Bevölkerungsanteil ersterer um beinahe 10 % angestiegen, der makedonische Anteil um annähernd 5 % zurückgefallen (Tab. 2).

Keine Berücksichtigung hat dabei die anhaltende illegale Zuwanderung aus den angrenzenden albanischen Siedlungsgebieten gefunden, die bereits vor den Unruhen in der Republik Albanien 1997 und der Kosovo-Krise 1998 auf über 100 000 Personen veranschlagt wurde (SCHMIDT-NEKE 1994, S. 677) und sich unterdessen wesentlich verstärkt hat. Nach Schätzungen beläuft sich der Zustrom aus Albanien auf ca. weitere 100 000 Ankömmlinge (BARI-SITZ 1997, S. 482), aus dem Kosovo sollen es 23 000 Flüchtlinge sein (FAZ v. 13.10.1998). Da nach der Gesetzeslage die Einbürgerung erst nach 15jähriger Ansässigkeit erfolgen kann, bleibt den Immigranten bis dahin die Teilhabe an den Staatsbürgerrechten verwehrt. Unter Hinweis darauf reklamiert die albanische Seite einen gegenüber dem offiziellen Zensusergebnis erheblich höheren Bevölkerungsanteil, den sie mit mehr als 30 %, teils sogar auf über 40 % beziffert.

Neben den durch den demographischen Druck hervorgerufenen Überfremdungs- und Verdrängungsängsten bestehen bei den Makedoniern Befürchtungen in Bezug auf secessionistische Neigungen der Albaner, zumal diese sich bereits kurz nach der Staatsgründung nahezu einstimmig für politische Autonomie ausgesprochen hatten. Diese Besorgnis basiert darauf, daß sich die albanische Volksgruppe im Westteil des Landes konzentriert (Abb. 1). Dort stellt sie in den Städten teils die absolute, teils die relative Mehrheit der Bevölkerung, während die Dörfer vielfach rein albanisch besiedelt sind. Zudem läßt sich unterdessen eine ostwärts gerichtete Ausdehnungstendenz ausmachen. In der Hauptstadt Skopje besteht die Einwohnerschaft bereits zu einem Drittel aus Albanern (Abb. 1).

Die sehr pragmatisch eingestellte Staatsführung, bis 1998 in den Händen des aus dem „Bund der Kommunisten Jugoslawiens“ hervorgegangenen „Sozialdemokratischen Bundes Makedoniens“ (SDSM), hat sich seit der Unabhängigkeit um den Abbau nationaler Antagonismen und die Integration des albanischen Volksteils bemüht. So ist die moderate der beiden Albanerparteien, die „Partei der Demokratischen Prosperität“ (PDP), von Anfang an in die Regierungsverantwortung eingebunden und mit einigen Ressorts betraut. Ein beachtenswertes Zugeständnis bedeutet

	1948	1953	1961	1971	1981	1991	1994
Makedonie	68,5	66,0	71,2	69,3	67,0	64,6	66,5
Albaner	17,1	12,5	13,0	17,0	19,8	21,0	22,9
andere	14,4	21,5	15,8	13,7	13,2	14,4	10,6

Tab. 2: Entwicklung der Nationalitätenanteile in Makedonien 1948–1994 (in %)

Quellen: Jugoslavija 1918–1988, S. 46; Statistički bilten 1934 (1992), S. 23; Statistical Office of Macedonia: Census '94, S. 5.

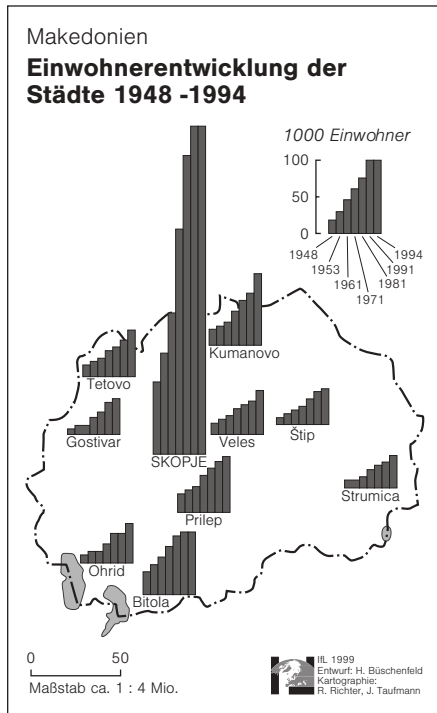


Abb. 2: Entwicklung der Einwohnerzahlen makedonischer Städte 1948-1994

Maßgebende Binnenwanderungstrends sind die Entvölkerung der Gebirgsbereiche sowie eine frequente Land-Stadt-Migration. In Städten leben bereits 58 % der Landesbevölkerung (1997)

Quellen: Veliki geografski atlas 1987, S. 196; Statistical Yearbook of the Republic of Macedonia 1994, S. 676f; Statistical Office of Macedonia: The 1994 Census. Final Results. Skopje 1996, S. 16ff.

u. a. auch die trotz heftiger Proteste durchgesetzte Errichtung einer albanischsprachigen Lehrerbildungsfakultät an der Universität Skopje (1997; Foto 2). Dank der Kooperation konnte verhindert werden, daß sich die latenten interethnischen Span-

nungen zu ernsthaften innenpolitischen Belastungsproben ausgewachsen haben. Erst eine interne Verschiebung der Kräfteverhältnisse innerhalb der albanischen Volksgruppe zugunsten ihres nationalistischen Flügels hat zu Konfrontationen mit der Staatsmacht geführt, ausgelöst durch Auseinandersetzungen um nationale Symbole (sogenannter „Flaggenstreit“ 1997). Unbeschadet dessen ist im Zuge des nach den Parlamentswahlen 1998 eingetretenen Machtwechsels die nunmehr regierende national-konservative „Partei für die nationale Einheit Makedoniens“ (VMRO-DPMNE) eine Koalition mit der radikalen „Demokratischen Partei der Albaner“ (DPA) eingegangen.

Dieser Tatbestand unterstreicht mit Nachdruck, daß sich sämtliche albanischen Fraktionen zum makedonischen Staat bekennen und offenbar bestrebt sind, weitere Eskalationen zu vermeiden. Sie sind sich dessen bewußt, daß, unbeschadet weitergehender Ansprüche, ihre politische und insbesondere wirtschaftliche Situation als vergleichsweise befriedigend einzuschätzen ist. Insofern steht denn auch eine groß-albanische Option, d. h. ein Zusammenschluß mit den Kosovo-Albanern und denen der verarmten Republik Albanien, nicht zur Debatte. Angestrebtes Ziel ist nicht eine Abspaltung, sondern ein verbesserter Status im Rahmen des makedonischen Staates.

Wirtschaftliche Startbedingungen Ökonomische Substanz

Makedonien ist der am wenigsten entwickelte Nachfolgestaat Jugoslawiens. Zwar



Foto 2: „Kyrill und Method-Universität“ Skopje. Von rd. 21.000 immatrikulierten Vollzeitstudenten sind lediglich 2 % Albaner, obwohl für diese eine Quote von 10 % reserviert ist. Foto: Büschenfeld

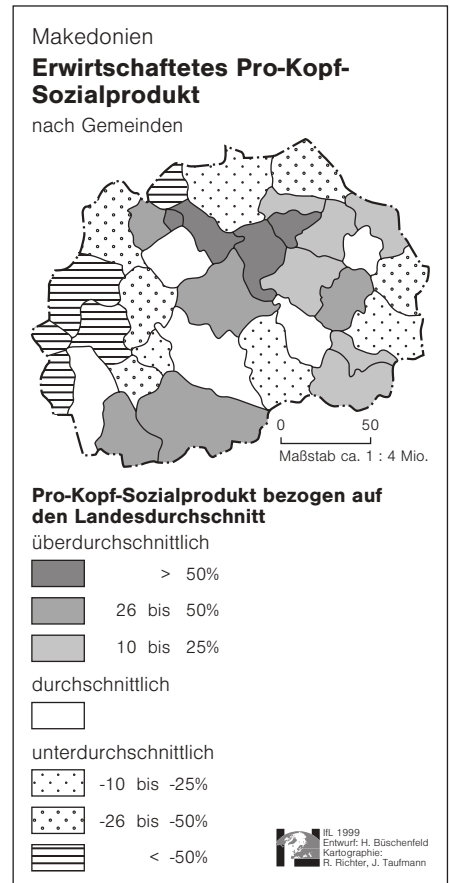


Abb. 3: Gemeinden nach erwirtschaftetem Pro-Kopf-Sozialprodukt
Überdurchschnittliche Werte kennzeichnen namentlich Gemeinden der Vardar-Furche und größerer Beckenlandschaften, unterdurchschnittlich hingegen ist die Wertschöpfung im stark gebirgigen Westflügel des Landes und in grenznahen Gemeinden.

Quelle: Statistical Yearbook of the Republic of Macedonia 1994, S. 264

waren während der sozialistischen Ära dank fortdauernder finanzieller Unterstützung durch die potenteren Teilrepubliken gewisse Fortschritte zu verzeichnen, gleichwohl blieb das wirtschaftliche Leistungsvermögen denkbar bescheiden. Zum Zeitpunkt der Verselbständigung stellte sich das Bruttomaterialprodukt pro Kopf¹ auf gerade einmal 1077 \$ (Statistical Yearbook of Macedonia 1994, S. 689), vergleichbar mit Ländern wie Nigeria oder Peru (Abb. 3).

Dominierender Wirtschaftszweig ist die Landwirtschaft, die freilich in dreierlei Hinsicht gehandikapt ist: Zum einen beschränkt die typisch balkanische Raumkammerung des Landes in von ausgedehnt-

¹ Das Bruttomaterialprodukt (BMP), in sozialistischen Staaten gebräuchlicher Berechnungsmodus der Wertschöpfung, läßt sogenannte nichtproduktive Dienstleistungen unberücksichtigt. Nach OECD-Schätzungen entspricht es etwa 90 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP).

ten Gebirgsbereichen umrahmte Beckenlandschaften das ackerbaulich nutzbare Areal auf ungefähr ein Fünftel der Staatsfläche. Zum zweiten gestattet das Klima zwar den Anbau anspruchsvoller Sonderkulturen wie Tabak, Baumwolle, Mohn oder Reis (Foto 3), ruft andererseits aber auch langwährende sommerliche Dürreperioden hervor, so daß namentlich Spezialkulturen auf Irrigation angewiesen sind. Dank der Anlage von 16 Stauseen können unterdessen 22 % des Anbauareals bewässert werden (JAKIMOVSKI 1994, S. 125) (Abb. 4). Zum dritten beeinträchtigen strukturelle Schwächen die Effizienz der rund 177 000 privaten Bauernhöfe. Geringe Betriebsgrößen, im Schnitt 2,6 ha, verbunden mit weit fortgeschrittener Bodenzer splitterung, Kapitalarmut, die sich in einer alles andere als zeitgemäßen Produktionsmittelausstattung äußert, sowie ein starker Überhang familieneigener Arbeitskräfte bedingen eine niedrige Produktivität der vorwiegend subsistenzinteressierten Kleinbetriebe.

Marktorientiert hingegen sind die Großbetriebe des gesellschaftlichen Sektors, darunter 38 Agrokombinate mit mehr als 2500 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche, die sich vor allem dem Obst- und Weinbau widmen und ein knappes Viertel zur agraren Wertschöpfung beitragen (nach Statistical Yearbook of Macedonia 1994, S. 304).

Das industrielle Potential Makedoniens ist recht begrenzt. Erst seit den 60er Jahren hat im Zuge der im sozialistischen Jugoslawien geltenden Maxime der Harmonisierung interregionaler sozioökonomischer Disparitäten die Etablierung von Fabriken stattgefunden. Die Standorte leh-

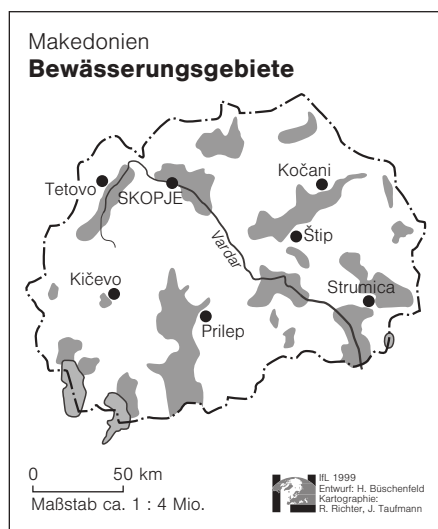


Abb. 4: Bewässerungsgebiete

Quelle: GEORGIEV/LAZAREVSKI 1984, S. 399 (aktualisiert)



Foto 3: Reisernte im Becken von Kočani. Nur etwa ein Viertel der bäuerlichen Privatbetriebe verfügt über einen Traktor, der mangels Zusatzmaschinen meist ausschließlich für Transportzwecke benutzt wird.

Foto: Büschefeld

nen sich partiell an Bergbaubetriebe an (Förderung von Chrom-, Blei-/Zink- und anderen NE-Metallern), bevorzugt sind allerdings die wenigen Städte des Landes. Auf sieben unter ihnen entfallen drei Fünftel aller gewerblichen Arbeitsplätze, wobei Skopje allein ein Viertel stellt. Die Produktionspalette erstreckt sich vorrangig auf die Verarbeitung landwirtschaftlicher Ausgangsmaterialien (Tabakwaren-, Nahrungsmittel-, Textil- und Lederwarenerstellung) sowie auf die Aufbereitung von Buntmetallern. Die Erzeugung bestreiten in aller Regel relativ kleine Unternehmen mit technologisch überholten Fertigungsverfahren. Aus dem Rahmen fallen einzelne überdimensionierte Werke, die aus Gründen nationaler Reputation erstellt worden sind und sich allesamt als Fehlinvestitionen erwiesen haben. Die Ausrichtung auf untere Veredelungsstufen leitet sich aus dem arbeitsteiligen Verbund innerhalb Ex-Jugoslawiens her, der Makedonien eine Art Zubringerrolle zuwies und naturgemäß ein starkes Abhängigkeitsverhältnis mit sich brachte.

Außenwirtschaftliche Isolierung

Die Elite des neugeschaffenen Staatswesens kennzeichnet seit Anbeginn des staatlichen Eigenlebens ein großes Maß an Reformbereitschaft. Während sich auf politischer Ebene unverzüglich ein differenziertes Parteiensystem entwickeln konnte, wurde auf wirtschaftlicher Ebene die Umsetzung der Reformabsichten durch externe Einwirkungen geraume Zeit gelähmt.

Denn kaum verselbständigt, sah sich Makedonien einer nahezu vollständigen außenwirtschaftlichen Isolierung überantwortet. Das gegen Restjugoslawien verhängte internationale Embargo (1992-95) einerseits, eine aus den früher erwähnten Gründen veranlaßte zunächst selektive (1993), dann totale (1994-95) Wirtschaftsblockade von Seiten Griechenlands andererseits haben den im Zuge des Vardar-Tals Nord-Süd-verlaufenden Hauptverkehrskorridor des Landes beidseitig abgeriegelt. Ausweichmöglichkeiten bestanden kaum, da in Ost-West-Richtung und keinerlei Eisenbahn- und nur unzulänglich ausgebaute Straßenverbindungen existieren. Insofern waren jegliche legalen Austauschbeziehungen mit Serbien, dem wichtigsten Handelspartner, darüber hinaus alle Transitverbindungen in die EU-Staaten ebenso unterbunden wie der unverzichtbare Zugang zum Freihafen Thessaloniki.

Die Abschnürung ihrer Lebensadern hat die makedonische Wirtschaft mehr und mehr stranguliert. Agrare Überschüsse konnten nicht abgesetzt werden. Die Industrieproduktion fiel Jahr für Jahr zwischen 11 und 16 % zurück, sie hat sich zwischen 1990 und 1995 beinahe halbiert (vwd 16.6.1996). Im gleichen Zeitraum nahm die Beschäftigtenzahl um ein Drittel ab (nach GLIGOROW 1996, S. 33). Ein gravierender Engpaß ergab sich aus den unterbundenen Erdölimporten, da das Land über keinerlei eigene Vorkommen verfügt und nur rund 60 % seines Energiebedarfs durch Wasserkraft und die Verstromung von Li-

gniten zu decken vermag (SCHRAMMEYER 1997, S. 669). Das Bruttoinlandsprodukt verminderte sich während der Blockade-phase um etwa ein Drittel (nach bfai 5/1996, S. 1; 5/1997, S. 1). Insgesamt werden die durch die Abriegelung der Kommunikationsstränge hervorgerufenen Schäden auf ca. 4 Mrd. \$ veranschlagt (vgl. SCHRAMMEYER 1997, S. 668), für einen Kleinstaat eine kaum verkraftbare Einbuße. Daß das Wirtschaftsleben nicht völlig kollabierte, beruht auf in seinem Umfang kaum zu überschätzenden Schmuggel und einer weitverzweigten Schattenwirtschaft.

Erst die fast zeitgleiche Aufhebung der griechischen Grenzsperrung und Suspendierung der Sanktionen gegen Restjugoslawien beendeten den ökonomischen Niedergang.

Transformation des Wirtschaftssystems

In seiner Verfassung bekennt sich Makedonien ausdrücklich zur Marktwirtschaft (Art. 55). Schlüsselprobleme der Umgestaltung der hergebrachten jugosozialistischen in eine marktorientierte Ordnung stellen die Konsolidierung der makroökonomischen Bedingungen und die Privatisierung sogenannten „gesellschaftlichen Eigentums“ dar.

Makroökonomische Stabilisierung

Nachdem anfängliche Versuche zur Schaffung stabiler Rahmenbedingungen mehr oder minder erfolglos geblieben waren, zeitigt erst die Umsetzung eines in Zusammenarbeit mit der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds ausgearbeiteten Konsolidierungskonzepts (1994) greifbare Erfolge. Sein Ziel, monetäre Stabilität, konnte mittels strikter Fiskaldisziplin und flankierender Lohnkontrollen erreicht werden.

Die Wirtschaftsdaten belegen, daß seit 1996 die Talsohle durchschritten ist und ein verhaltener Aufschwung eingesetzt hat. Das Bruttoinlandsprodukt weist erstmals ein Wachstum auf (Abb. 5). Die Industrieproduktion, die zuvor kontinuierlich zurückgefallen war, verzeichnet seither positive Werte (Abb. 6). Die an die DM gekoppelte, frei floatende Landeswährung, der Denar, unterliegt kaum noch Schwankungen, sofern man von einer im Interesse der Exportstimulierung 1997 vorgenommenen Abwertung absieht. Der Preisanstieg hat sich beruhigt; die Inflationsrate sank seit der staatlichen Verselbständigung von einem vier- auf einen einstelligen Wert (1997 = 5 %). Der Staatshaushalt kann als

annähernd solide finanziert angesehen werden; das Budgetdefizit, das zeitweilig auf 11 % des BIP geklettert war, wurde auf ein vertretbares Maß (1997 = 1,5 % des BIP) gestutzt. Wie die vorstehenden Indikatoren nachweisen, ist es Makedonien gelungen, tragfähige makroökonomische Verhältnisse zustande zu bringen. Dank seiner konsequenten Austeritätspolitik kann es derzeit als „wirtschaftlich stabilstes Balkanland“ gelten (FAZ-Informationsdienste 1998, S. 130).

Privatisierung

Zum Zeitpunkt der Verselbständigung Makedoniens beschränkte sich wirtschaftsbezogener Privatbesitz auf ein Randdasein. Die absolut beherrschende Rolle hingegen spielte sogenanntes „gesellschaftliches Eigentum“.

„Gesellschaftliches Eigentum“, ein weltweit einmaliges jugosozialistisches Konstrukt, unterscheidet sich von staatlichem Eigentum anderer sozialistischer Länder dadurch, daß es keinen definierten Titular kennt. Als gleichsam herrenloses Gut gehört es gewissermaßen sich selbst. Das Verfügungsrecht über den eigentümerlosen Besitz, über Produktionsmittel und Erträge, oblag dem jeweiligen Arbeitskollektiv, das mittels Selbstverwaltungsgremien über alle Belange befand. Ein marktorientiertes Wirtschaftssystem setzt hingegen eindeutige Besitztatbestände voraus. Es erfordert zwingend die Umwandlung des anonymen Gesellschaftseigentums in Besitztum mit explizitem Eigner, natürlichen oder juristischen Personen. Das entsprechende „Gesetz über die Transformation von Unternehmen mit gesellschaftlichem Kapital“ ist 1993 verabschiedet worden, der Beginn seiner Umsetzung hat sich allerdings bis 1995 verzögert. Angestrebt wird im Interesse des Zustandekommens produktiv wirtschaftender Unternehmen anstelle einer Massenprivatisierung die Firmenübergangung an einen dominierenden Erwerber (core-investor) als Inhaber der Anteilsmajorität in der Erwartung, daß der künftige „master of the house“ für eine effiziente Betriebsführung Sorge trägt. Diese recht sinnvolle Konzeption ist freilich nur ausnahmsweise zum Tragen gekommen. Im Vollzug der Übergangung hat sich vielmehr gezeigt, daß in der Mehrzahl der Fälle, und zwar vor allem bei größeren Werken, eine Insider-Privatisierung stattgefunden hat. Die Firmenanteile wurden zu extrem günstigen Konditionen, die beinahe einer kostenlosen Ausschüttung gleichkamen, von Be-

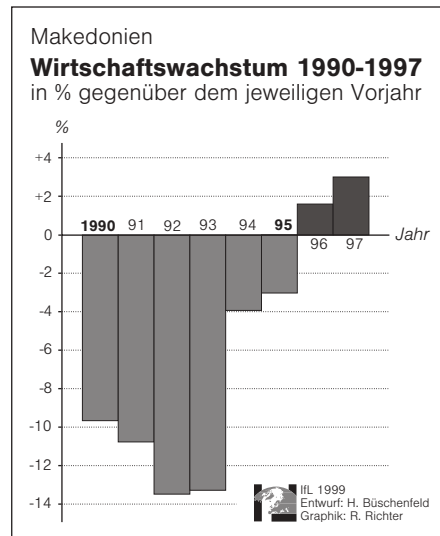


Abb. 5: Wirtschaftswachstum 1990–1997 (in Prozent gegenüber dem jeweiligen Vorjahr)

Quellen: GUGOROV 1996, S. 33; Osteuropa-Institut 1998, S. 116

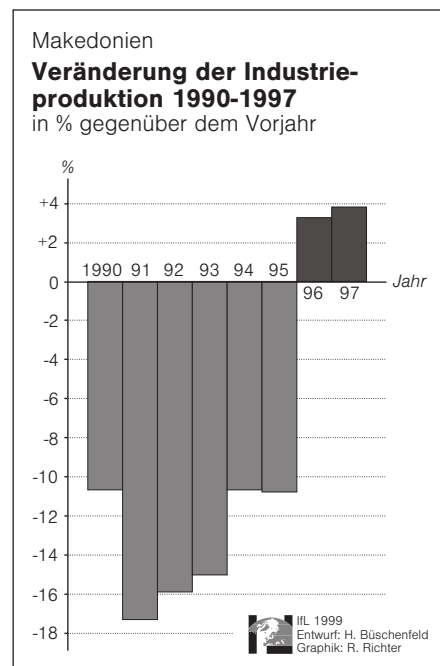


Abb. 6: Veränderung der Industrieproduktion 1990–1997 (in Prozent gegenüber dem jeweiligen Vorjahr)

Quellen: bfai 1997, S. 19; European Bank for Reconstruction and Development 1996, S. 32; FAZ-Informationsdienste 1998, S. 135

schäftigten, vor allem aber von Managern oder Managergruppierungen der betreffenden Firmen erworben (EBO = employee-buy-out bzw. MBO = management-buy-out). Keineswegs selten waren dabei Unregelmäßigkeiten und ungesetzliche Praktiken im Spiel (SLAVESKI 1997, S. 40).

Das zur Privatisierung anstehende Firmenkontingent umfaßt 1 216 Unternehmen, darunter 113 Groß- und 273 Mittel-

betriebe, die in Aktiengesellschaften überführt werden, sowie 830 Kleinbetriebe, für die die Rechtsform der GmbH vorgesehen ist (Agency ... 1996, S. 4, S. 17). Nicht ins Privatisierungsverfahren einbezogen, sondern von vornherein liquidiert wurden die größten Verlustbringer, 25 Werke, die für vier Fünftel aller Defizite im industriellen Bereich verantwortlich waren. Nach dem Stand von Mitte 1998 ist in 83 % aller Fälle mit knapp 200 000 Beschäftigten die Eigentumsübertragung abgeschlossen, weitere 12 % mit 38 000 Beschäftigten befinden sich gegenwärtig im Privatisierungsprozeß (FAZ-Informationendienste 1998, S. 132), so daß 1999 mit dem Abschluß des Verfahrens im industriellen Sektor gerechnet werden kann.

Die Insider-Privatisierung, gelegentlich als „Nomenklatura“-Privatisierung apostrophiert, erweist sich mehr und mehr als wunder Punkt der Besitzübertragung, da eine Restrukturierung der konvertierten Unternehmen in der Regel ausbleibt oder nur sehr schleppend vonstatten geht. Dies kann kaum überraschen, da mit der Übernahme der Firmen durch ihr bisheriges Leitungspersonal sich im Grunde nur ein nomineller Eigentümerwechsel vollzogen hat, ohne daß sich an der Unternehmensführung Wesentliches ändert. Angesichts ausbleibender grundlegender Umstellung nimmt es nicht wunder, daß rund ein Viertel der privatisierten Unternehmen rote Zahlen schreibt (Osteuropa-Institut 1998, S. 115) und einige bereits in Konkurs gegangen sind (SCHRAMMEYER 1997, S. 683).

Im Bereich der Landwirtschaft ist die Privatisierung gesellschaftlichen Eigentums erst später angegangen worden; das einschlägige Gesetz stammt aus dem Jahre 1996. Seine Verwirklichung hat bis dato nur geringe Fortschritte gemacht: von 350 involvierten Kombinat sind bis Ende 1997 gerade einmal 43 in private Hand überführt worden. Man rechnet damit, daß sich die Prozedur bis 2002 hinziehen wird (Osteuropa-Institut 1998, S. 115).

Per Saldo hat die Umschichtung der Eigentumsverhältnisse unbeschadet aller Unzulänglichkeiten große Fortschritte gemacht. Erwirtschaftete der Privatsektor vor der staatlichen Unabhängigkeit lediglich 14 % des Sozialprodukts, so hat sich dessen Anteil zwischenzeitlich auf etwa 50 % gesteigert (Osteuropa-Institut 1998, S. 115). Gleichzeitig erhöhte sich die Quote der in Privatbetrieben tätigen Arbeitnehmer von knapp 3 % auf 64 %. An Umsatz und Gewinn sind Privatunternehmen sogar jeweils zu drei Vierteln beteiligt (bfai 5/1998, S. 2).

Dabei kann als sicher gelten, daß das Maß privater Aktivität die offiziellen Angaben ganz erheblich übersteigt, da die während der Abschnürung des Landes immens aufblühende Schattenwirtschaft nach wie vor breiten Raum einnimmt und sich naturgemäß staatlicher Erfassung entzieht. Schätzungen zufolge wird der Umfang der kryptoökonomischen Machenschaften auf etwa 35 % des legalen BIP taxiert (PERRY 1998, S. 121).

Auswirkungen der Transformation

Ökonomische Folgen

Der Reformprozeß hat zu einer gravierenden Verschiebung der Bedeutung der Wirtschaftssektoren im Hinblick auf die Wertschöpfung geführt (Abb. 7). Aufgrund der Stilllegung einer beträchtlichen Zahl uneffizienter Betriebe sowie einer Kapazitätsauslastung der meisten Produktionszweige von weit unter 50 % (FAZ-Informationendienste 1998, S. 132) ist der Stellenwert der Industrie enorm geschrumpft. Erwirtschaftete letztere zuvor mehr als die Hälfte des Sozialprodukts, so ist ihr Anteil unterdessen auf rund ein Viertel zurückgefallen (Yugoslav Survey 2/1996, S. 105; Osteuropa-Institut 1998, S. 116). Parallel dazu verminderte sich die Zahl industrieller Arbeitsplätze von 206 000 (1990) auf 118 000 (1997). Mithin ist eine eklatante De-Industrialisierung zu konstatieren.

Im Gegensatz dazu hat der Dienstleistungssektor eine bemerkenswerte Aufwertung erfahren. Vor der Wende völlig unterentwickelt und noch nicht einmal zu einem Drittel am BMP beteiligt (nach Statistical Yearbook of Yugoslavia 1992, S. 425), kann der Servicebereich, namentlich der Detailhandel und das Gaststättengewerbe, eine außergewöhnliche Ausweitung vorweisen. Sein Beitrag zur Wertschöpfung hat sich annähernd verdoppelt (FAZ-Informationendienste 1997, S. 131). Zurückzuführen ist dieser Schub keineswegs auf die Privatisierung gesellschaftlicher Einrichtungen, sondern vorrangig auf die Neugründung einer Vielzahl – rund 100 000 – privater Mini-Unternehmen, meist Familien- oder Ein-Mann-Betriebe. Die Geschäftstüchtigkeit ihrer Betreiber – nicht zuletzt während der außenwirtschaftlichen Isolierung des Landes – hat dafür gesorgt, daß gesellschaftliche Versorgungsbetriebe sukzessive eingegangen sind (SLAVESKI 1997, S. 48). Jüngster Trend ist das – ansatzweise – Entstehen privateigener Laden- und Restaurantketten.

Daß die Industrieproduktion nur zögernd in Schwung kommt, ist wesentlich der Insider-Privatisierung zuzuschreiben. Abwehrstrategien des einheimischen Managements haben ein nennenswertes Engagement potentieller ausländischer Anleger verhindert (SLAVESKI 1997, S. 41). Nur bei 156 vorwiegend kleineren Betrieben mit zusammengekommen weniger als 2 000 Beschäftigten ist es überhaupt zu Auslandsbeteiligungen gekommen (Handelsblatt v. 26.6.1998). Die abweisende Haltung landesfremden Investoren gegenüber ist dazu angetan zu verhindern, daß marktkonformes Know-how und technologische Innovationen Eingang finden und für die Restrukturierung der Unternehmen erforderliches frisches Kapital zur Verfügung steht. Im Zeitraum von 1990 bis 1996 beschränkte sich der Zufluß ausländischer Direktinvestitionen kumuliert auf nicht mehr als 80 Mio. \$ (Handelsblatt a. a. O.). Daneben mögen allerdings auch die Risiken, die sich aus der konflikträchtigen Lage des Landes ergeben, sowie der nur begrenzt aufnahmefähige Binnenmarkt bei der Zurückhaltung ausländischer Interessenten eine gewisse Rolle spielen.

Mangels anderer Antriebskräfte wird das 1996 einsetzende verhaltene Wirtschaftswachstum (Abb. 5) fast ausschließlich durch Investitionen der öffentlichen Hand getragen, die wiederum an Kredite internationaler Finanzorganisationen gebunden sind. Infolgedessen ist die Aus-

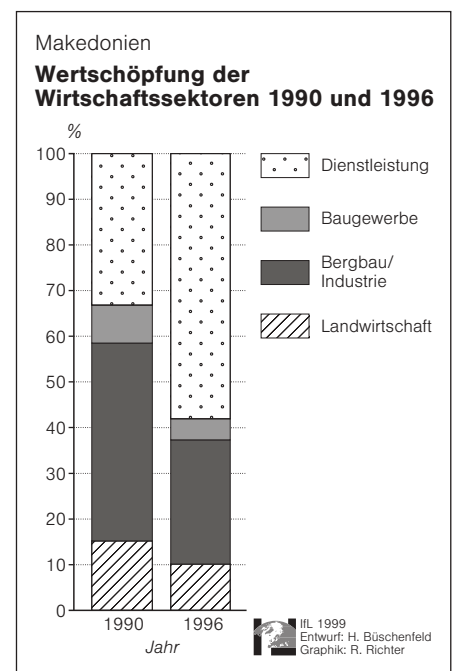


Abb. 7: Wertschöpfung der einzelnen Wirtschaftssektoren 1990 und 1996

Quellen: Agency of the Republic of Macedonia ...1996, S. 74; FAZ-Informationendienste 1997, S. 131

landsverschuldung Makedoniens bis Ende 1997 bereits auf 1,3 Mrd. USD geklettert, während die Devisenreserven des Landes sich auf magere 257 Mio. USD beschränken (FAZ-Informationendienste 1998, S. 135).

Soziale Folgen

Kehrseite der konsequenten Reformpolitik sind kaum mehr tragbare Belastungen der Bevölkerung.

Geradezu dramatisch stellt sich die Arbeitsmarktlage dar (Abb. 8). Der im Zuge der Privatisierung erfolgte Personalabbau wie die Schließung unproduktiver Industrieunternehmen haben die Erwerbslosenziffer enorm in die Höhe getrieben. So mußte beispielsweise das Stahlwerk Skopje, die größte Produktionsstätte des Landes, seine Belegschaft von ehemals 20 000 auf nunmehr 3 000 Beschäftigte reduzieren (SCHRAMMEYER 1997, S. 665). Nach offiziellen Verlautbarungen beziffert sich die Zahl registrierter Stellungsloser auf 255 000, die Erwerbslosenquote auf 32 % (1997; Osteuropa-Institut 1998, S. 113). Unberücksichtigt bleibt bei diesen Angaben die verdeckte Arbeitslosigkeit, deren Umfang auf weitere 100 000 Arbeitssuchende veranschlagt wird (bfai 1997, S. 8). Demgemäß dürfte sich die Arbeitslosenrate tatsächlich zwischen 40 und 50 % bewegen. Des weiteren ist damit zu rechnen, daß bei energischer Inangriffnahme der Restrukturierung eine neuerliche Entlassungswelle droht.

Die Berufstätigen müssen auf Grund des rigorosen Stabilitätskurses der Regierung fortgesetzt Reallohn einbußen hinnehmen. Zwar unterliegen die Preise für einzelne Grundnahrungsmittel und einige Versorgungsleistungen staatlicher Regulierung und sind Preissteigerungen partiell durch Erhöhung der Nominalbezüge kompensiert worden, gleichwohl haben Lohnkontrollen dafür gesorgt, daß der Zuwachs an Kaufkraft stets deutlich dem Preisauftrieb hinterherhinkt und es nicht zum Ingangsetzen einer Preis-Lohn-Spirale kommt. Verschärft werden die beschwerlichen Lebensumstände durch Liquiditätseingänge bei den Unternehmen, die nicht selten dazu führen, daß sich Gehaltszahlungen monatlang verzögern. Wenn 1997 auch erstmals ein minimaler Nettolohnzuwachs zu verzeichnen war, so unterschreitet doch der sich auf umgerechnet etwa 340 DM belaufende Durchschnittsverdienst bei weitem das Existenzminimum. Es wird angegeben, daß das kontinuierliche Absinken des ohnehin bescheidenen

Lebensstandards dazu geführt hat, daß ein Viertel der Haushalte, nach anderen Quellen ungefähr die Hälfte der Familien unterhalb der Armutsgrenze dahinvegetiert (Osteuropa-Institut 1998, S. 117; FAZ-Informationendienste 1997, S. 130).

Breite Bevölkerungsschichten können nur mittels Zuwendungen der – etwa 200 000 – im Ausland als Gastarbeiter tätigen Familienangehörigen oder aber durch Beteiligung an der Schattenwirtschaft notdürftig ihren Lebensunterhalt bestreiten. Unübersehbar ist, daß die kryptoökonomischen Aktivitäten mit einem Absinken der Wirtschaftsmoral und einem Anstieg der lange Zeit recht niedrigen Kriminalitätsrate verbunden sind.

Noch bedrückender als die Situation der Beschäftigten ist die Lage der Rentner und Arbeitslosen angesichts eines recht weitmaschigen sozialen Netzes. Die Unterstützungleistungen pro Sozialhilfempfangsfamilie sind auf 55 % des Durchschnittsverdienstes, das sogenannte „geschützte Niveau“, festgeschrieben (Osteuropa-Institut 1998, S. 117). Doch selbst diese bescheidene Abstützung beschränkt sich in der Regel auf in Städten ansässige Anspruchsberechtigte, während auf dem flachen Land lebende Hilfsbedürftige zu meist auf ihren Familienverband angewiesen sind. Unbenommen dessen verschlingt die Altersversorgung der 220 000 Rentner und die Unterstützung der 255 000 Arbeitslosen inzwischen bereits mehr als die Hälfte des Staatshaushalts (SCHRAMMEYER

1997, S. 686) bzw. 25-30 % des BIP (MILJOVSKI 1997, S. 14). Im Hinblick darauf ist eine weitere Kürzung der Sozialleistungen, namentlich der Erwerbslosenhilfe, vorgesehen (bfai 1997, S. 8).

Resümee

Makedonien, im hochgradig instabilen Herzen des Balkans als unabhängiger Staat neu etabliert, hat es mittels ausgesprochen pragmatischer, verständigungsbereiter Haltung verstanden, aus seiner Vonselbständigung erwachsene brisante außen- wie innenpolitische Probleme zu entschärfen. Kann die „Makedonische Frage“ vorerst als ausgeräumt angesehen werden, so dürften zwar die internen Spannungen mit den ethnischen Albanern fort dauern, gleichwohl stellen sie keineswegs die Existenz der jungen Republik in Frage. Deren Überleben dürfte in erster Linie an das Gelingen der erst ansatzweise in Angriff genommenen Reorganisation ihrer angeschlagenen Wirtschaft geknüpft sein, die der Masse der Bevölkerung weiterhin empfindliche Opfer abverlangen wird.

Literatur

- Agency of the Republic of Macedonia for Transformation of Enterprises with Social Capital (1996): Doing Business in Macedonia. Skopje.
- AXT, H.-J. (1993): Mazedonien: ein Streit um Namen oder ein Konflikt vor dem Ausbruch? In: Europa Archiv 48, H. 3, S. 65-75.
- bfai - Bundesstelle für Außenhandelsinformation (1997): EJRMazedonien. Jahreswirtschaftsbericht 1996. Berlin/Köln.
- bfai - Bundesstelle für Außenhandelsinformation (1994ff): Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien. Wirtschaftsdaten aktuell 4/1994-5/1998. Berlin/Köln.
- BISHEV, G. u. T. NENOVSKI (1993): The Economic Situation of Macedonia. Ways to consolidate and reform the economy. Approaches to develop regional cooperation. Academy for Security and Cooperation in Europe. Berlin.
- BÜSCHENFELD, H. (1981): Jugoslawien. Klett-Länderprofile. Stuttgart.
- BÜSCHENFELD, H. (1987): Städte der Morava-Vardar-Zone. Urbaner Wandel im Südosten Jugoslawiens. In: Münstersche Geographische Arbeiten 27, S. 247-259.
- BÜSCHENFELD, H. (1995a): Sozioökonomische Verwerfungen in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens. In: Geographie und Schule 17, H. 93, S. 9-19.
- BÜSCHENFELD, H. (1995b): Privatisierung „Gesellschaftlichen Eigentums“ in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens – eine Zwischenbilanz. In: Osteuropa 45, H. 3, S. 219-231.
- BÜSCHENFELD, H. (1995c): Die Volkszählung 1994 in Makedonien. Erste Ergebnisse. In:

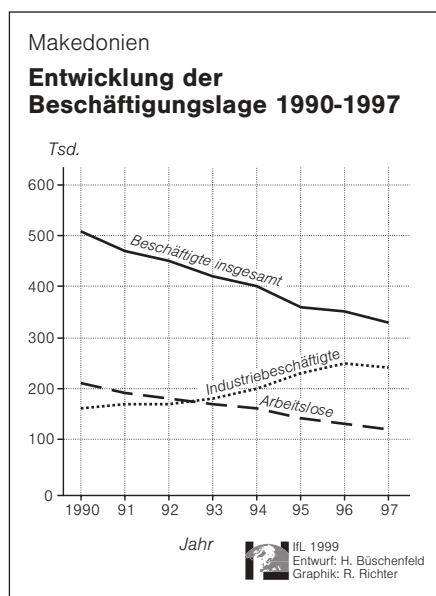


Abb. 8: Entwicklung der Beschäftigungslage 1990-1997

Quellen: Statistical Yearbook of the Republic of Macedonia 1994; GUGOROV 1996, S. 33; Osteuropa-Institut 1998, S. 116; Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche 1998, S. 40

- Osteuropa 45, H. 8, S. 769-776.
- BÜSCHENFELD, H. (1997): Der Transformationsprozeß in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens. In: Osteuropa 47, H. 5, S. 488-502.
- BÜSCHENFELD, H. (1999): Außenwirtschaftliche Entwicklungstendenzen in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens. In: Osteuropa 49 (im Druck).
- CAPELLI, V. (1998): The Macedonian Question ... Again. In: The Washington Quarterly 21, H. 3, S. 129-135.
- Deutsche Bank Research (1997): Fokus Osteuropa. Frankfurt/M.
- European Bank for Reconstruction and Development: Transition report update 4/1996, S. 32.
- FAZ-Informationssdienste (1994ff): Osteuropa-Perspektiven. Jb. 1994/95-1998/99. Frankfurt/M.
- GLIGOROV, V. (1996): FYR Macedonia turning the corner. In: Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche Nr. 229, S. 28-33.
- GORGIEV, G. u. V. LAZAREVSKI (1983): Hidromelioracioni sistem za navodnvanje u SR Makedonija. In: Vodoprivredna 16, H. 5/6, S. 397-402.
- JAKIMOSKY, J. (1997): The Republic of Macedonia. Skopje.
- LIBAL, W. (1993): Mazedonien zwischen den Fronten. Wien/Zürich.
- MILJOVSKI, J. (1997): Macedonia: Economic Situation, Privatization and Investment Possibilities. Skopje.
- Ministry of Development (1995): Documentation to the Macroeconomic Policy of the Republic of Macedonia for 1996. Skopje.
- OSCHLIES, W. (1993 f): Republik Makedonien. Teil 1-3. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 48-1993, 10-1994, 14-1994. Köln.
- Osteuropa-Institut München (1997f): Mazedonien. Sammelband 1997 u. 1998. Bonn.
- PERRY, D. M. (1994): Crisis in the making? Macedonia and its neighbors. In: Südosteuropa 43, H. 1-2, S. 31-58.
- PERRY, D. M. (1998): Destiny on Hold: Macedonia and the Dangers of Ethnic Discord. In: Current History H. 3, S. 119-126.
- POULTON, H. (1993): The Republic of Macedonia after UN Recognition. In: RFE/RL Research Report 2, Nr. 23, S. 22-30.
- REUTER, J. (1993): Makedonien – der jüngste Staat auf der europäischen Landkarte. Aus Politik und Zeitgeschichte B 37, S. 21-29.
- REUTER, J. (1997): Die Beziehungen zwischen Griechenland und der BR Jugoslawien von 1991 bis zur Gegenwart. In: Südosteuropa 46, H. 7-8, S. 373-386.
- REUTER, J. (1995): Athens schwieriger Weg zum Abschluß eines Interims-Abkommens mit Skopje. In: Südosteuropa Mitteilungen 35, H. 4, S. 333-359.
- RIEDEL, S. (1998): Monetaristische Reformstrategien und ihre sozialen Folgen für Südosteuropa: Die Entstehung einer Region europäischer Entwicklungsländer. In: Südosteuropa 47, H. 7-8, S. 334-367.
- RONDHOLZ, E. (1993): Zankapfel Mazedonien. Historische Hintergründe des Streits zwischen Athen und Skopje. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 3, H. 7, S. 871-881.
- Savezni zavod za statistiku (1989): Jugoslavija 1918-1988. Beograd.
- SCHMIDT-NEKE, M. (1994): Albanien zwischen Griechenland und Makedonien. In: Südosteuropa 43, H. 11-12, S. 667-683.
- SCHRAMEYER, K. (1997): Makedonien. Friedlichkeit, Maß und Vernunft – mit balkanischem Charme. In: Südosteuropa 46, H. 12, S. 661-694.
- SLAVESKI, T. (1997): Privatization in the Republic of Macedonia. In: Eastern European Economics 35, H. 1, S. 31-51.
- Statistical Yearbook of the Republic of Macedonia 1993-1997. Skopje.
- TROEBST, St. (1992): Makedonische Antworten auf die „Makedonische Frage“ 1944-1992: Nationalismus, Republikgründung, nation-building. In: Südosteuropa 41, H. 7-8, S. 423-442.
- UVALIĆ, M. (1997): Rückkehr zur Zusammenarbeit? Wirtschaftliche Probleme und Aussichten der Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien. In: Europäische Rundschau 25, H. 1, S. 53-66.
- VASILEVA-MARKOVSKA, V. H. u. M. SUKAROV (1996): Privatization report Republic of Macedonia. Skopje.
- VÖLKL, K. (1993): Makedonien/Mazedonien. In: WEITHMANN, M. (Hrsg.): Der ruhelose Balkan. München, S. 218-252.
- WEITHMANN, M. (1993): Makedonien – „Land zwischen vier Feuern“. In: Außenpolitik 44, H. 3, S. 261-270.
- WIELAND, C. (1997): Ein Makedonien mit drei Gesichtern. In: Südosteuropa 46, H. 12, S. 695-711.
- Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (1998): WIIW Database 2, S. 40.

Autor:

Prof. Dr. HERBERT BÜSCHENFELD,
Westfälische Wilhelms-Universität,
Institut für Didaktik der Geographie,
Robert-Koch-Str. 26,
48149 Münster.

Neuerscheinung aus dem IfL

SCHMIDT, WERNER (Hrsg. im Auftrag des Instituts für Länderkunde): **Das östliche Vogtland.** Ergebnisse der landeskundlichen Bestandsaufnahme in den Gebieten Treuen, Auerbach, Oelsnitz und Falkenstein. (Werte der deutschen Heimat, Band 59). Verlag Hermann Böhlau Nachfolger Weimar 1998. 45,- DM, ISBN 3-7400-0938-1 (Zu beziehen über den Buchhandel)

Mit dem neu erschienenen Band 59 der Reihe „Werte der deutschen Heimat“ wird die landeskundliche Inventarisierung des sächsischen Teils des Vogtlandes abgeschlossen, nachdem bereits 1976 im Band 26 „Das obere Vogtland“ und 1986 im Band 44 „Plauen und das mittlere Vogtland“ die übrigen vogtländischen Teilräume umfassend bearbeitet wurden (diese beiden Bände sind leider seit Jahren vergriffen).

Die Landschaft zwischen der Zwickauer Mulde und der Göltzsch umfaßt große Waldgebiete, mehrere Trink- und Brauchwassertalsperren und Relikte des ehemaligen Uranerzabbaus ebenso wie ein dichtes Siedlungsnetz mit mehreren Städten, deren wirtschaftliche Entwicklung von der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts besonders stark geprägt wurde und nach 1990 durch den Rückgang der Textilindustrie und der Metallverarbeitung vom Strukturwandel besonders betroffen ist. Die landeskundliche Monographie umfaßt über 300 Seiten Text zu einzelnen Naturpunkten und Siedlungen sowie 78 zum Teil farbige Abbildungen und 2 topographische Übersichtskarten.

